



Mitten in einem Krieg, der sich zunehmend zu einem langwierigen Abnutzungskonflikt entwickelt und die geopolitischen Kräfteverhältnisse in Europa neu ordnet, bleibt die Finanzierung der Ukraine eine der zentralen Herausforderungen für die Europäische Union. In Paris hat der französische Präsident Emmanuel Macron nun versucht, Zweifel auszuräumen: Das von der EU zugesagte Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro für Kiew wird tatsächlich bereitgestellt.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj betonte Macron am Freitag „mit Nachdruck und Klarheit“, dass die Verpflichtung, die die europäischen Staaten im Dezember eingegangen seien, eingehalten werde. Die Aussage ist nicht nur eine finanzpolitische Zusicherung, sondern auch ein politisches Signal in einer Phase wachsender Unsicherheit über die langfristige Unterstützung der Ukraine durch den Westen.

Seit der russischen Invasion im Februar 2022 ist die finanzielle und militärische Unterstützung aus Europa zu einer tragenden Säule für das Überleben des ukrainischen Staates geworden. Ohne diese Hilfe wäre es für Kiew kaum möglich, sowohl den Krieg zu führen als auch die grundlegenden Funktionen eines modernen Staates aufrechtzuerhalten.

Ein Darlehen von strategischer Bedeutung

Das geplante Finanzpaket von 90 Milliarden Euro soll in erster Linie die Haushalts- und Verteidigungsbedürfnisse der Ukraine in den Jahren 2026 und 2027 decken. Angesichts eines Krieges, der enorme militärische und wirtschaftliche Belastungen verursacht, steht die ukrainische Regierung vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss gleichzeitig ihre Verteidigungsfähigkeit sichern und das Funktionieren staatlicher Institutionen gewährleisten.

Der Mechanismus hinter dem Programm ist bemerkenswert. Die Europäische Union wird die benötigten Mittel selbst auf den internationalen Finanzmärkten aufnehmen. Anschließend werden diese Gelder zu besonders günstigen Konditionen an die Ukraine weitergereicht. Ein Großteil der Zinskosten soll über den EU-Haushalt getragen werden, um zu verhindern, dass die ohnehin stark belastete ukrainische Staatsverschuldung weiter anwächst.

Diese Form der gemeinsamen europäischen Kreditaufnahme ist nicht völlig neu. Ein ähnlicher Ansatz wurde bereits während der Covid-19-Pandemie im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms angewendet. Dass die EU nun ein vergleichbares Instrument zur Unterstützung eines Kriegslandes einsetzt, unterstreicht die außergewöhnliche Dimension



des Konflikts.

Für Kiew hat das Programm eine doppelte Funktion. Einerseits soll es ermöglichen, zentrale staatliche Ausgaben zu finanzieren – etwa Gehälter im öffentlichen Dienst, Sozialleistungen oder die Aufrechterhaltung kritischer Infrastruktur. Andererseits dient es der Unterstützung der militärischen Anstrengungen, etwa durch den Erwerb von Ausrüstung oder durch Investitionen in den Wiederaufbau der Verteidigungsstrukturen.

Seit Beginn des Krieges haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine bereits rund 200 Milliarden Euro an finanzieller, wirtschaftlicher und militärischer Hilfe bereitgestellt. Damit ist Europa zum mit Abstand wichtigsten finanziellen Unterstützer des Landes geworden.

Ein fragiler europäischer Konsens

Macrons deutliche Bekräftigung des Darlehens ist auch vor dem Hintergrund innerer Spannungen innerhalb der EU zu verstehen. Der Beschluss über das Hilfspaket war keineswegs selbstverständlich.

Vor allem Ungarn hatte zeitweise damit gedroht, das Programm zu blockieren. Hintergrund war ein energiepolitischer Konflikt mit der Ukraine über den Transit russischen Öls durch die Druschba-Pipeline. Budapest nutzte die Gelegenheit, um politischen Druck auszuüben und eigene Interessen in der Energiepolitik zu verteidigen.

Dieser Konflikt verdeutlicht eine grundlegende Realität der europäischen Ukrainepolitik: Zwar existiert ein breiter Konsens über die Unterstützung Kiews, doch dieser Konsens ist keineswegs unerschütterlich. Innerhalb der EU lassen sich unterschiedliche strategische Perspektiven erkennen.

Einige Staaten Mittel- und Osteuropas – insbesondere Ungarn und zeitweise auch die Slowakei – verfolgen eine zurückhaltendere Linie und betonen die wirtschaftlichen Risiken einer langfristigen Konfrontation mit Russland. Andere Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, Deutschland sowie die baltischen Länder, argumentieren für eine umfassende und langfristige Unterstützung der Ukraine.

Macrons Erklärung kann daher auch als Versuch gelesen werden, den europäischen Zusammenhalt zu stabilisieren. Die Botschaft lautet: Einmal eingegangene gemeinsame



Verpflichtungen dürfen nicht durch nationale Konflikte infrage gestellt werden.

Ein Signal an Moskau

Über die finanzielle Dimension hinaus hat die Ankündigung auch eine klare strategische Bedeutung. In einem Krieg, der zunehmend als Abnutzungskonflikt geführt wird, entscheidet nicht allein militärische Stärke über den Ausgang – sondern ebenso die Fähigkeit, Ressourcen über lange Zeiträume mobilisieren zu können.

Indem Paris und Brüssel ihre finanzielle Unterstützung bekräftigen, senden sie eine Botschaft an Moskau: Europa ist bereit, die Ukraine langfristig zu unterstützen. Die Kalkulation dahinter ist eindeutig. Sollte Russland darauf setzen, dass die westliche Unterstützung im Laufe der Zeit erlahmt, soll diese Erwartung durch klare politische Signale entkräftet werden.

Für die ukrainische Führung ist diese finanzielle Zusicherung von zentraler Bedeutung. Präsident Selenskyj weist regelmäßig darauf hin, dass die ukrainische Wirtschaft derzeit zu einem erheblichen Teil von internationaler Hilfe abhängt. Gleichzeitig muss der Staat einen enormen Anteil seiner eigenen Einnahmen für militärische Zwecke aufwenden.

In dieser Situation wirkt das europäische Darlehen wie eine wirtschaftliche Lebensversicherung: Es verschafft Kiew Zeit und Handlungsspielraum in einem Konflikt, dessen Ende weiterhin ungewiss ist.

Europas strategische Transformation

Die Entscheidung für ein gemeinsames Darlehen in dieser Größenordnung verweist zugleich auf eine tiefgreifende Veränderung innerhalb der Europäischen Union selbst. Jahrzehntlang verstand sich die EU primär als wirtschaftliche Integrationsgemeinschaft. Sicherheitspolitische Fragen standen meist im Hintergrund, während militärische Verantwortung weitgehend bei der NATO lag.

Der Krieg in der Ukraine hat dieses Selbstverständnis verändert. Plötzlich sieht sich die Union gezwungen, als geopolitischer Akteur zu handeln. Finanzielle Instrumente, gemeinsame Kreditaufnahme und koordinierte militärische Unterstützung werden zunehmend zu Elementen einer europäischen Machtpolitik.



90 Milliarden für Kiew: Europas finanzielles Versprechen im Schatten des Krieges

Das Darlehen für die Ukraine steht daher symbolisch für eine neue Phase der europäischen Integration. Die Bereitschaft, gemeinsam Schulden aufzunehmen, um eine sicherheitspolitische Krise zu bewältigen, wäre noch vor wenigen Jahren politisch kaum vorstellbar gewesen.

Für Emmanuel Macron ist diese Entwicklung Teil einer größeren strategischen Vision. Der französische Präsident plädiert seit Jahren für eine stärkere europäische Souveränität in Sicherheitsfragen. Die Unterstützung der Ukraine wird in diesem Kontext zu einem Testfall für die Handlungsfähigkeit Europas.

Indem Macron betont, dass das europäische Versprechen „gehalten wird“, erinnert er indirekt daran, dass auch die politische Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel steht. Sollte die Union ihre Unterstützung zurückfahren, würde dies nicht nur in Moskau als Zeichen der Schwäche interpretiert werden, sondern auch bei internationalen Partnern Zweifel an der strategischen Verlässlichkeit Europas wecken.

In einem Konflikt, der die europäische Sicherheitsordnung neu formt, wird finanzielle Hilfe damit zu einem Instrument geopolitischer Macht. Das Darlehen von 90 Milliarden Euro ist folglich weit mehr als ein haushaltspolitisches Instrument – es ist ein zentraler Bestandteil der europäischen Strategie, den ukrainischen Staat zu stabilisieren und zugleich Einfluss auf den weiteren Verlauf des Krieges zu nehmen.

Autor: P. Tiko